

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden  
Fernsprecher-Sammelnummer: 25841  
Kurz für Nachrichten: Nr. 20011  
Schiffstellung u. Hauptgeschäftsstelle:  
Dresden-K. L. Marienstraße 28/29

Bezugsgebühren vom 1. bis 15. Dezember 1923 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 RM.  
Wochensatzpreis für Monat Dezember 2,40 RM. ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pf.  
Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Werbemaß berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile  
25 Pf., für auswärts 40 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pf., außer  
halb 25 Pf., die 90 mm breite Werbeanzeige 200 Pf., außerhalb 250 Pf., Effektengeduld 30 Pf.,  
Kundentage Kulturen gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Druck & Verlags-  
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Kreuzn. Nachr.) zulässig. Unverlangte  
Schreibsätze werden nicht aufbewahrt

## Italienische Sensation in Lugano

### Grandi gegen das Recht auf Räumung

Trotzdem glauben die Alliierten an eine Annäherung Roms an Deutschland

Berlin, 12. Dez. Einem Bericht des Lugano-Korrespondenten des „Volkswachters“ entnehmen wir folgende nicht uninteressante Bemerkungen: Die zweifelhafte Unterredung, die Dr. Stresemann gestern mit dem italienischen Unterstaatssekretär Grandi hatte, hat in Lugano sofort zu allerlei politischen Gerüchten Anlaß gegeben. Im Centre-Lager wurde sofort nach der Unterhaltung behauptet, daß der italienische Delegierte dem deutschen Außenminister eine enge Arbeitsgemeinschaft zwischen Deutschland und Italien vorgeschlagen habe, und daß diese Arbeitsgemeinschaft sich auf eine Wirtschaftsverhandlung zwischen Deutschland und Italien, auf ein Zusammengehen in Völkerbundsfragen, auf eine

Unterstützung Deutschlands durch Italien in Reparationsfragen, auf Fragen der Aufrüstung und Abrüstung erstrecken soll. Der Anstoß zu diesen Gerüchten scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß Grandi angeblich vor der Unterredung mit Stresemann gesagt haben soll, er sehe nicht ein, weshalb Deutschland nur von Feinden umgeben sein müsse.

Zunächst ist über die Unterredung, die immerhin ein politisches Ereignis bedeutet, weil in allen bisherigen Konferenzen direkte Besprechungen zwischen Deutschland und Italien fast ausgeschlossen waren, näheres allerdings nicht zu erfahren. Immerhin verläutet so viel, daß mit einiger Bestimmtheit folgendes gesagt werden kann: In der langen Konferenz wurde zunächst ganz allgemein über die Einzelheiten der bekannten politischen Probleme, über die Räumungs-, über die Reparationskonferenz-, vielleicht auch über die Kontrollfrage gesprochen. Am Schluß der Unterredung scheint dann der italienische Unterstaatssekretär einige ganz scharfe Andeutungen in der Richtung gemacht zu haben, daß es die Möglichkeit einer gegenseitigen Unterstützung Deutschlands und Italiens in einigen Fragen schon deshalb geben würde, weil immerhin auch Italien in ganz erheblichem

Umfange Forderungen an die englische und französische Adresse zu richten habe. Diese Andeutungen sind aber nicht von Stresemann ausgegangen, und es würde sicher ein völliges Verkennen der Politik des Außenministers sein, wollte man behaupten, er wäre sehr bereits zu der Erkenntnis gekommen, daß nun endgültig die Versuche einer deutsch-französischen Zusammenarbeit erledigt seien.

Von gut unterrichteter italienischer Seite wird demgegenüber jedoch erklärt, daß Grandi in seiner Unterredung mit Dr. Stresemann ausgeführt habe,

die italienische Regierung stimme hinsichtlich der rechtlichen Auslegung des Artikels 151, auf den der deutsche Räumungsanspruch aufgebaut ist, mit dem Standpunkt der englischen und französischen Regierung überein.

Die italienische Regierung halte eine baldige Aufnahme der Arbeiten des Sachverständigenausschusses in der Reparationsfrage für unbedingt erforderlich.

Heute findet ein Frühstück statt, das der italienische Unterstaatssekretär des Völkerbundes, Paolucci, Briand und Grandi gibt, die diese Gelegenheit zu einer nochmaligen letzten Aussprache benutzen werden.

### Heute Aussprache zu dreien?

Lugano, 12. Dez. Nach den Besprechungen, die Briand und Chamberlain mit Stresemann gehabt haben, wird nunmehr eine Aussprache zu dreien ins Auge gefaßt. Da man immerhin mit der Möglichkeit rechnen zu müssen glaubt, daß Chamberlain mit Rücksicht auf das Befinden des Königs Georg unter Umständen Lugano früher als beabsichtigt verlassen muß, wird diese Besprechung zu dreien möglicherweise schon im Laufe des heutigen Tages stattfinden, Endgültig stand dies jedoch gestern abend noch nicht fest.

### Stegerwald rächt sich

Arisenwirkung im sozialpolitischen Ausschuss (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 12. Dez. Im sozialpolitischen Ausschuss fand heute die Abstimmung über die Sonderfürsorge bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit statt. Zur Erledigung stand zunächst der von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei eingebrachte Kompromißantrag, von dem sich die Sozialdemokraten bekanntlich wieder zurückgezogen haben. Die Deutschnationalen, die in ihm eine Verbesserung der Regierungsvorlage sahen, stimmten zu. Trotzdem wurde der Kompromißantrag abgelehnt, da außer den Sozialdemokraten jetzt auch von den vier Zentrumsabgeordneten zwei gegen den Kompromißantrag stimmten. Von der Zentrumspartei sind im ganzen vier Abgeordnete in den Ausschuss delegiert. Davon gehören zwei der Stegerwaldgruppe, die übrigen der Gegengruppe an. Es ergab sich also das Bild, daß sich die Krise der Zentrumspartei bereits auf eine Ausschlußabstimmung übertrug. Die beiden Gewerkschaftsvertreter gingen gemeinsam mit der Sozialdemokratie. Nachdem also der Änderungsantrag gefallen war, wurde die ursprüngliche Regierungsvorlage mit knapper Mehrheit, allerdings bis zum 30. September 1929 befristet, angenommen. Da die Vorlage zugleich die Bewilligung von 28 Millionen Mark vorsieht, muß sie auch noch die Zustimmung des Haushaltsausschusses finden, der sich morgen damit beschäftigen wird.

Berlin, 12. Dez. In der Presse ist man allgemein der Ansicht, daß sich Stegerwald durch die Note plötzlicher Wehrkraft, die seine gestrige Erklärung aufweist, mehr geschadet als genützt habe. Trotzdem hält es die „Germania“, das führende Zentrumsblatt, für besser, nun nicht etwa in ähnlichem Ton zu erwidern. Das Blatt beschränkt sich vielmehr darauf, Stegerwalds Erklärung wörtlich wiederzugeben und einige feilen Kommentar anzufügen, die von großer Zurückhaltung diktiert sind. Das Blatt meint, Stegerwalds Erklärung sei deshalb zu bedauern, weil sie weder der Partei noch dem Verfasser nützen könne. Außerdem verweist das Blatt darauf, daß der Beschluß des Vorstandes der Zentrumspartei auf dem Kölner Parteitag, nachdem Stegerwald hatte Führer der Partei werden sollen, mit nur 15:18 Stimmen für Stegerwald gefaßt worden sei. Das sei ein Fingerzeig gewesen, aus dem Stegerwald schon die Konsequenz hätte ziehen können. Aber der Vorstand habe ja in letzter Instanz nicht zu entscheiden gehabt, sondern nach den Satzungen tue dies die Partei. Das Recht liege bei der letzten Instanz. Der Kommentar der „Germania“ schließt mit dem Satz: Ob das Ziel, nämlich die Zustimmung, die der Kölner Parteitag zurückgelassen hat, zu bewerkstelligen, durch solche Erklärungen erreicht wird, erscheint mehr als zweifelhaft. Auch Gegenerklärungen dürfte Stegerwalds Verlautbarung kaum herbeiführen.

### Neuwahl des Fraktionsführers

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 12. Dez. Im Anschluß an die heutige Plenarsitzung des Reichstags wird die Zentrumsfraktion zu Beratungen zusammentreten. Bei dieser Gelegenheit wird die Fraktion ihren neuen Fraktionsführer wählen. Sowie man im Reichstage hört, dürfte nach seiner gestrigen Erklärung Stegerwald nicht mehr als Fraktionsführer in Betracht gezogen werden. Die Führer des Zentrums, so heißt es weiter, bereiten eine Kundgebung vor, die offiziell von der Partei auszugehen werden soll, und in der die Behauptungen Stegerwalds widerlegt werden sollen. Man sieht also, daß im Zentrum genug Konfliktstoff vorhanden ist. Als Anwärter für das Amt des Fraktionsführers werden die Abgg. Perltius, Joss und Esser genannt.

## Eine Verschwörung gegen Hoover

### Zahlreiche argentinische Anarchisten verhaftet

Buenos Aires, 12. Dez. Die Polizei teilte mit, daß sie eine Verschwörung gegen Hoover aufgedeckt habe.

Präsident Frigoyen veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt, geheime Nachforschungen der Polizei hätten in einem Hause in der Etombastrasse zur Auffindung von vier Handgranaten, zwei zylindrischen Bomben, einer vierkackigen Bombe und ferner einer Menge von Dynamitrevolvern, automatischen Pistolen und Munition geführt. Die Polizei gibt an, sie hätte bei dieser Hausdurchsuchung ferner einen ausgearbeiteten Plan der Eisenbahnlinien gefunden und glaube, die Verschwörer hätten geplant, unmittelbar vor der Ankunft Hoovers, die am Donnerstagmorgen zu erwarten ist, Bomben auf den Schienenweg zu legen. Zwei junge Männer wurden verhaftet. Es wird ferner angegeben, daß 1500 Leute von der Garde abkommandiert werden, um einen besonderen Dienst zur Sicherheit Hoovers auszuführen.

Zum Komplott gegen den künftigen Präsidenten Hoover wird weiter bekanntgegeben, daß zahlreiche Verdächtige verhaftet worden sind, die anlässlich des Sacco-Banzetti-Falles und der Maraguanakrise mit Bombenwürfen in Verbindung standen. Die amtlichen Kreise in Washington enthalten sich jeden Kommentars und erklären lediglich, daß sie von der Verschwörung inoffiziell unterrichtet seien.

### Wiederbeteiligung Boliviens an der pan-amerikanischen Konferenz

Lima, 12. Dez. Der bolivianische Gesandte teilte dem hiesigen Vertreter der Associated Press mit, daß er vom bolivianischen Minister des Auswärtigen telegraphisch von dem Beschluß Boliviens in Kenntnis gesetzt worden sei, an der gegenwärtig in Washington tagenden panamerikanischen Konferenz wieder teilzunehmen.

Man hofft in den Kreisen der Konferenz, daß Bolivien sich auch einem unparteiischen Schiedsgericht unterwerfe, das aus

Brasilien, Argentinien und Chile bestehen soll. Chile und Argentinien erklärten, daß sie im Falle des Krieges zwischen Bolivien und Paraguan neutral bleiben wollen. Diese Nachricht hat in Washington sehr beruhigend gewirkt. Man hofft, daß die Krise dadurch lokal bleibt. Die beiden Länder würden im Kriegsfall ohne Hilfe von außen die Kampfhandlungen nicht lange weiter führen können, da das Gelände ein unwegsames sei.

Aus La Paz wird gemeldet, daß Bolivien bereits mobilisiert habe und drei Rabinetsmitglieder zum Rücktritt bereit seien, damit der Präsident ein Verteidigungsministerium bilden könne.

## Polnische Ablenkungsmanöver

### Standalöse Hege gegen die deutschen Minderheitslehrer

Rattowig, 12. Dez. Wegen der deutsche Lehrerschaft an den deutschen Minderheitenschulen wird von der polnischen Presse augenblicklich eine wüste Hege betrieben. Die Schulabteilung der Volkswirtschaft will festgestellt haben, daß die deutschen Lehrkräfte aus Volkswirtschaftsmitteln für die „patriotische Hege“, wie die polnischen Zeitungen schreiben, finanzielle Unterstützungen erhalten hätten. Es sollen

bereits 200 deutsche Lehrer protokolllarisch vernommen worden sein. Die zur Vernehmung Bestellten werden wie Spione behandelt. Man stellt an sie die Frage, weshalb sie noch nicht polnisch sprechen, weshalb sie ins Ausland nach Deutschoberschlesien fahren usw. Die ganze Aktion soll offensichtlich dazu dienen, dem Völkerbunde, auf dessen gegenwärtiger Tagungsordnung wieder mehrere deutsche Schulbesucher aus Oberschlesien stehen, glauben zu machen, daß die deutschen Minderheiten in Polen staatsfeindliche Tätigkeit betreiben.

Die polnischen sensationellen Behauptungen sind Phantastien. Weder vom Völkerbund noch von der preussischen Regierung haben die deutschen Lehrkräfte in Polnischoberschlesien jemals irgendwelche Gelder erhalten. Lediglich die Verbände der deutschen Lehrerschaft in Deutschland haben

durch Umlagen versucht, Mittel einzusammeln, um gelegentlich ihren schlecht bezahlten und im Interesse des deutschen Volkstums schwer leidenden Berufskollegen in Ostoberschlesien Beihilfen zukommen zu lassen. Umgekehrt werden dagegen die polnischen Lehrer in Deutschland unmittelbar vom polnischen Staate mit Geldmitteln zu politischen Propagandazwecken versehen. Die deutsche Minderheit kann mit ruhigem Gewissen die neuerdings gegen sie erhobenen Anschuldigungen, die nichts als polnische Ablenkungsmanöver sind, zurückweisen.

### Anerkannter Skandal im Korridor

Berlin, 12. Dez. Wie aus Königsberg berichtet wird, kam es im Schnellzug Königsberg-Danzig-Berlin zu einem empfindlichen Vorfall. In einem Abteil dritter Klasse saß ein Künstlerpaar aus Berlin, das nach einer Gastreise durch Ostpreußen Danzig besuchen wollte. Das Ehepaar war im Besitz von vorchriftsmäßig visierten Pässen. Im Korridor wurde plötzlich die Tür aufgerissen, ein polnischer Gendarm rief den beiden Deutschen einige Worte in polnischer Sprache zu. Im Abteil saß außerdem noch eine ältere Dame, die des Polnischen mächtig war und die Worte des Gendarmen